

EDITORIAL

Auslaufmodell

Der neue Generaldirektor und langjährige Chefvolkswirt der Handelskammer ist nicht gerade bekannt dafür, mit seiner Meinung hinter dem Berg zu halten. In der Vergangenheit hat er immer wieder Missstände und Fehlentwicklungen angeprangert, die aus der Sicht eines modernen, auf die Zukunft ausgerichteten Staatswesens nicht länger tragbar seien. Die Tatsache, dass Carlo Thelen damit öfter als einsamer Rufer in der Wüste in Erscheinung getreten ist, nimmt seinen Positionen nichts von ihrer Richtigkeit und Treffsicherheit. Dadurch, dass berechtigte Mahnungen und Aufrufe zu mehr Vernunft im Umgang mit immer spärlicher fließenden Geldmitteln, die eigentlich jenen vorbehalten werden sollten, die wirklich darauf angewiesen sind, jahrelang ungehört und unbefolgt verhallen, hat den Handlungsbedarf nur noch größer und vor allem auch dringlicher werden lassen.

Über die Jahrzehnte hinweg und unter dem Eindruck reichlich sprudelnder Steuerquellen vor allem aus einem Finanzplatz, der zur Zeit ebenfalls in einem krassen Umbruch steht und neuer Orientierungen bedarf, hatte sich in Luxemburg ein Sozialmodell entwickelt, das diesen Namen nur noch zu einem geringen Teil verdient und immer mehr in die Kategorie der Luxusversorgung abzudriften droht.

In einem „Wort“-Interview prangerte Carlo Thelen am vergangenen Freitag u.a. die Tatsache, an, dass Luxemburg pro Kopf der Bevölkerung mehr als das Doppelte des EU-Durchschnitts an Sozialtransfers leiste, ein Umstand, den man sich in wirtschaftlich florieren-

den Zeiten wohl noch leisten konnte, der allerdings mit schwindenden Steuereinnahmen sehr schnell zu einer erdrückenden Belastung werden kann. Im Gegensatz zu den Sozialaufwendungen, die sich ja längst nicht mehr an den Bedürfnissen der Familien mit (zu) niedrigen Einkommen orientieren, sondern zu einem verlockenden Selbstbedienungsladen für alle Einkommensschichten geworden sind, kann Luxemburg immer weniger auf dauerhafte Steuereinkünfte setzen, die einem veränderten internationalen Umfeld und nicht zuletzt auch dem Druck der europäischen Partnerstaaten zum Opfer fallen.

Wer diese ernsten Tatbestände weiter leugnen wollte, würde nicht nur sich selbst belügen, sondern auch die langfristige Gefährdung einer ausreichenden Sozialversorgung im heute noch reichen Luxemburg auf sich nehmen und verschärfen. Während ihre Vorgängerin wider besseres Wissen noch jegliche Handlungsbereitschaft vermissen ließ, deuten die ersten Verlautbarungen der neuen Regierung ganz klar darauf hin, dass die Gefahr erkannt wurde und der Wille zur Veränderung durchaus besteht, auch wenn noch viele Details zu klären bleiben, die wohl auch noch für lautstarke und erbitterte Auseinandersetzungen sorgen dürften.

Wenn das zweifellos exemplarische Luxemburger Sozialmodell überleben soll, dann muss es einer Reihe von Reformen unterzogen werden, die es auf das eigentlich benötigte und am Ende auch finanzierbare Ausmaß zurechtstutzen. Darauf zu verzichten wäre unverantwortlich und am Ende fatal.



**NIC.
DICKEN**
setzt auf Vernunft und Verantwortung.